

12) und der früheren Präsidentin der Zentralbank Chen Muhua unterstützt worden sein. Beide hätten sich auch gegen den Rücktritt von Li Guixian ausgesprochen. Bei der Abstimmung über die Entlassung von Li sollen sich 109 der 137 anwesenden Mitglieder des Ständigen NVK-Ausschusses dafür und 16 dagegen ausgesprochen haben. Bei der Abstimmung über die Ernennung von Zhu Rongji zum Nachfolger von Li sollen 113 dafür und 12 dagegen gestimmt haben. (Ebenda)

Dongxiang zufolge geht die Ernennung von Zhu Rongji zum neuen Präsidenten der Zentralbank auf einen entsprechenden Vorschlag von Deng Xiaoping zurück (ebenda, S. 8-9).

Im Gegensatz zu Li Guixian vertrat Zhu Rongji auf einer Sitzung des Staatsrats am 19. Juni die Auffassung, daß nicht die Zentrale, sondern die Provinzen für die geldpolitischen Probleme verantwortlich seien: Sie hätten sich nämlich nicht an die von der Zentrale beschlossenen Maßnahmen gehalten. Die Verfolgung ausschließlich lokaler Interessen seitens der Provinzen habe "anarchistische Zustände" erreicht, und dadurch sei die einheitliche Führung durch die Zentrale bereits geschwächt worden, beklagte Zhu. (Ebenda, S. 6) -sch-

*(12)

Hongkong-Kommission des Ständigen NVK-Ausschusses eingesetzt

Auf der 2. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VIII. Nationalen Volkskongresses (22.6.-2.7.1993) wurde die Kommission des Ständigen NVK-Ausschusses für vorbereitende Arbeiten für den Vorbereitungsausschuß des Sonderverwaltungsgebiets Hongkong (quanguo renda changweihui Xianggang tebie xingzhengqu choubi weiyuanhui yubei gongzuo weiyuanhui) eingerichtet und personell besetzt. Vorsitzender der Kommission ist Außenminister Qian Qichen. Generalsekretär und einer der sieben stellvertretenden Vorsitzenden ist Lu Ping, der gleichzeitig die Position des Direktors des Büros des Staatsrats für Hongkong und Macao innehat. Unter den sieben stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission findet sich auch der höchste politische Vertreter der VR China in Hongkong, Zhou Nan (nominell bekleidet er die Position des Leiters des

Hongkonger Büros der Nachrichtenagentur Xinhua). Die hochrangige personelle Besetzung der Kommission mit dem ellenlangen Namen weist auf ihre politische Bedeutung hin: Bis zur Etablierung des eigentlichen Vorbereitungsausschusses soll sie sich mit allen Fragen beschäftigen, die die Rückgabe Hongkongs an die VR China im Jahre 1997 betreffen. (RMRB, 3.7.93) -sch-

Kultur

*(13)

Liu Zhongde zu Problemen der Kulturarbeit

Der neue Kulturminister Liu Zhongde hat sich kürzlich auf einer Konferenz über Theoriearbeit im Kulturwesen in einem längeren Vortrag zu einigen theoretischen und praktischen Problemen im derzeitigen Kulturleben Chinas geäußert. Die Rede liefert nicht nur die theoretische Erklärung für die gegenwärtige Krise im Kulturwesen (vgl. dazu C.a. 1993/6, Ü 12), sondern sie vermag auch Aufschlüsse über Denkweise und Ansichten des neuen Ministers zu geben. Eine gekürzte Version des Textes veröffentlichte die *Volkszeitung* in ihrer Ausgabe vom 22.7.1993. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten führt Liu Zhongde im wesentlichen darauf zurück, daß die von der Partei beschlossene Transformation der chinesischen Wirtschaft in eine sozialistische Marktwirtschaft notgedrungen auch den kulturellen Sektor berührt. Doch während die Menschen bezüglich der historischen Notwendigkeit der Transformation des Wirtschaftssystems kaum noch Zweifel hegten, sei man von der Notwendigkeit der Reform des Kultursektors wenig überzeugt. Die Zweifel seien aufgrund traditioneller Ansichten verständlich, die mit den sich in rasender Geschwindigkeit vollziehenden Reformen nicht Schritt halten könnten. In dieser Situation jedoch gebe es keine andere Möglichkeit, als sich der Wirklichkeit zu stellen, sein Denken weiter zu befreien und sich aktiv dieser Reform zu widmen und sie voranzubringen. Damit sagt Liu deutlich, daß die Reform des Kultursystems unumgänglich ist, daß es kein Zurück zu den alten Zuständen der staatlich subventionierten Kunst und Kultur gibt.

Habe man einmal die historische Notwendigkeit der Reform des Kultursektors eingesehen, so fährt der Minister fort, erhebe sich die Frage, wie die Reform richtig in den Griff zu bekommen sei. Als einziges Kriterium zur Bewertung des Erfolgs der Reform des Kulturwesens läßt Liu nur die Praxis gelten, d.h. inwieweit die Reform das Engagement und die Kreativität der Kulturschaffenden beflügelt, inwieweit sie der Entstehung neuer Werke, dem Hervortreten von Talenten, dem Aufschwung einer sozialistischen Kultur und der Befriedigung der kulturellen Bedürfnisse der Menschen dienlich sei und inwieweit sie die wirtschaftliche Entwicklung und den gesamten gesellschaftlichen Fortschritt fördere. Ziel der Reform sei es, ein zur sozialistischen Marktwirtschaft passendes Kulturwesen aufzubauen. Dabei sei aber unbedingt der besondere Charakter von Kunst und Kultur zu respektieren. Aufgrund der Besonderheiten verböte es sich, willkürlich Reformen einzuführen oder den Reformen freien Lauf zu lassen; vielmehr gelte es die Reformen entsprechend den objektiven Gesetzmäßigkeiten, d.h. den Besonderheiten der Kultur, vorzunehmen. Es scheint, daß Liu Zhongde speziell dieser Punkt wichtig ist, denn er setzt sich im folgenden ausführlich damit auseinander, worin die Besonderheiten kultureller Produkte liegen.

Zunächst stellt Liu fest, daß kulturelle Produkte - ganz gleich, ob in materieller oder immaterieller Form - generell Eigenschaften gewöhnlicher Waren haben, d.h. sie haben einen Waren- und Gebrauchswert und nehmen teil an der Zirkulation und dem Austausch des Kulturmarktes. Zugleich betont er den besonderen Charakter kultureller Produkte, indem er vier Punkte ausmacht, in denen sich kulturelle Produkte von gewöhnlichen Produkten unterscheiden: 1. Obwohl objektiv für den Markt produziert, sei das künstlerische Produkt eine individuelle Schöpfung, von der der Künstler emotional erfüllt ist und in der sich das Wesen des Künstlers ausdrückt. 2. Anders als bei gewöhnlichen Waren könne der Arbeitsaufwand zur Herstellung eines Kunstwerks nicht fest bemessen werden. In einem wirklichen Kunstwerk vereinten sich die gesamte Lebenserfahrung, das Wissen und die künstlerischen Fertigkeiten des Künstlers; außerdem werde das künstlerische Schaffen bedingt durch die Lebensumstände

des Künstlers zur Zeit des Schaffens, seinen körperlichen und seelischen Zustand sowie seine konkrete Umgebung. Deshalb sei es nicht wiederholbar und entziehe sich einer Normierung und Serienherstellung. 3. Im Gegensatz zu gewöhnlichen Waren, für die beim Austausch das Prinzip des gleichen Gegenwertes gelte, lasse sich der Gegenwert für ein kulturelles Produkt schwer ermitteln. In diesem Zusammenhang weist Liu auf die ungleichen Wertigkeiten beim Austausch kultureller Produkte hin. Z.B. erhielten Verfasser hochqualitativer wissenschaftlicher Werke oder Romane entsprechend den staatlichen Honorarnormen pro Tausend Zeichen höchstens 40 Yuan Honorar, während für zusammengehauene Trivialromane pro Tausend Zeichen 100 Yuan und mehr erzielt würden. Ein Komponist erhalte für ein Lied nur einige zig Yuan, ein populärer Sänger aber, der das Lied einmal singt, könne eine Gage von mehreren tausend Yuan kassieren. 4. Anders als bei gewöhnlichen Waren gebe es bei kulturellen Produkten keinen einheitlichen Gebrauchswert. Da dieser von subjektiven Faktoren des Konsumenten abhängt, könne er stark variieren.

Aufgrund dieser Ausführungen resümiert Liu Zhongde, daß geistige Produkte zum größten Teil einen Doppelcharakter hätten, nämlich den einer Ware, die sich am Markt behaupten müsse und die Nachfrage der Konsumenten befriedige, und zugleich den einer "Nichtware", also spezifische Eigenschaften. Daraus ergibt sich für ihn, daß es weder richtig ist, nur den Warencharakter zu betonen, noch diesen zu leugnen und nur den Sondercharakter zu betonen. Die kulturelle Produktion, so seine Erläuterung, könne einerseits nicht unter Mißachtung des Marktes geschehen, sondern unterliege den Gesetzen der Marktwirtschaft. Andererseits könne man das künstlerische Schaffen aufgrund seiner Besonderheiten nicht einfach dem Markt überlassen; sonst würde der Kulturmarkt in Unordnung geraten und veröden.

Damit ist das Problem angesprochen, inwieweit der kulturelle Markt dem Gesetz von Angebot und Nachfrage oder inwieweit er staatlicher Steuerung unterliegen soll. Hier spricht sich der Minister eindeutig für eine stärkere Lenkung und gegen das freie Spiel des

Marktes aus. Er erwähnt, daß in kapitalistischen Gesellschaften viele Künstler aus Existenznot gezwungen seien, nur für den Markt zu produzieren; deshalb werde dort der Kulturmarkt von Themen wie Mord, Gewalt und Sex überschwemmt, und dies sei ein Grund für die Krise des kulturellen Schaffens im Westen. Zugleich weist er darauf hin, daß auch im Westen das künstlerische Schaffen nicht gänzlich dem Markt überlassen würde. Durch Gesetze, Steuern, staatliche Zuwendungen und Subventionen würde einiges unterstützt, anderes eingeschränkt. In einem sozialistischen Land wie China, wo das künstlerisch-kulturelle Schaffen Teil der sozialistischen geistigen Kultur sei, müsse dem Volk die beste geistige Nahrung geboten werden. Würde man die Auswahl kultureller Produkte allein dem Markt überlassen, dann bestünde die Gefahr, daß der Markt mit "kulturellem Schund" überflutet und das Volk vergiftet würde. Deshalb plädiert Liu für eine direktere und stärkere Kontrolle des Kulturmarktes durch Gesetze sowie politische und andere Maßnahmen.

Als nächstes setzt sich der Minister mit der Frage auseinander, wie der Staat auf die unterschiedlichen Bedingungen und die unterschiedliche Nachfrage bezüglich anspruchsvollen und populären Werken in Literatur und Kunst reagieren soll. Anders als populäre Kunst habe es anspruchsvolle häufig schwer, sich auf dem Markt zu behaupten. Diesem Problem müsse mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Mit der Entwicklung der Warenwirtschaft und zunehmendem materiellen Wohlstand wachse auch der Bedarf nach geistig-kultureller Nahrung, und zwar hauptsächlich in Form von Unterhaltung. Diesen Bedarf könne die populäre Kunst am schnellsten befriedigen. Liu unterteilt sie in gesunde und ungesunde Populärkunst. Ersterer gesteht er eine durchaus positive Rolle in bezug auf die Förderung der gesellschaftlichen Stabilität und des allgemeinen Fortschritts, die Entwicklung der sozialistischen Kultur und des Kulturmarktes zu. Demgegenüber sei die ungesunde Populärkunst für die Gesellschaft schädlich, weil sie ungesunde Lebensformen und -auffassungen propagiere. Hier bestehe das Problem der Führung und der Anhebung des Niveaus. Angesichts der rasanten Entwicklung der populären Kunst seien insbesondere zwei Punkte zu beachten:

1. Mit der Förderung von deren Entwicklung müsse zugleich ständig das Gesetzsystem verbessert und die Kontrolle verstärkt werden, um die Verbreitung schädlicher Dinge zu unterbinden.
2. Die Führungsarbeit sei zu verstärken, einschließlich der Unterweisung der Künstler und der in diesem Sektor Tätigen; ferner seien strenge Kriterien bei Auszeichnungen und Bestrafungen anzuwenden, das Hervorragende sei zu fördern, das Schädliche zu bestrafen, damit die populäre Kunst sich gesund weiterentwickle.

Was die ernste Kunst anbelangt, so gibt Liu Zhongde zu, daß sie sich heute in Schwierigkeiten befinde. Diese führt er auf das lange Zeit geltende Kulturssystem unter der Planwirtschaft zurück, aber auch auf die Entwicklungsbedingungen der ernsten Kultur selbst. Einen Ausweg sieht er in einer tiefgreifenden Reform, und zwar müsse zum einen das Verwaltungssystem reformiert, zum anderen die Vitalität der ernsten Kultur gestärkt werden. Noch weniger als die populäre Kunst dürfe das Schicksal der ernsten Kunst ganz und gar vom Markt bestimmt werden. Zwar müsse sich diese auch dem Markt zuwenden, aber Liu macht zugleich klar, daß sowohl in der Gegenwart als auch in der Zukunft die anspruchsvolle Kultur auf die Unterstützung durch Staat und Gesellschaft angewiesen bleibt. Ihr Ziel sei nicht, wirtschaftliche Erträge zu erbringen, sondern "vorzügliche Werke der nationalen Kultur zu schaffen, die auf der Höhe unserer Zeit sind". Deshalb stellt Liu drei Forderungen für die ernste Kunst auf: 1. Der Staat muß sie pflegen (*yang*); 2. die Gesellschaft muß sie unterstützen; 3. sie selbst muß ihre Vitalität weiter verstärken. Zusammenfassend hält er zu diesem Punkt fest, daß beide Arten von Kultur, die populäre wie auch die anspruchsvolle, ihre Existenzberechtigung hätten, denn sie befriedigten unterschiedliche Bedürfnisse der Menschen und hätten daher unterschiedliche Aufgaben. Je nach den unterschiedlichen Bedingungen erforderten beide unterschiedliche Führung, Kontrolle und politische Maßregeln. Die sozialistische Marktwirtschaft schaffe nicht nur für die Entfaltung der populären Kultur eine gute Umgebung, sondern ebne auch der ernsten Kunst neue Wege.

Im letzten Abschnitt seines Vortrages setzt sich der Minister mit dem Verhältnis zwischen gesellschaftlicher

Wirkung und wirtschaftlichem Ertrag auseinander. Aus seinen Ausführungen geht hervor, daß er die Einheit von gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Ertrag anstrebt. Zwei falsche Auffassungen stünden jedoch diesem erstrebenswerten Ziel entgegen: zum einen die Betonung der Gegensätzlichkeit beider Erträge, zum anderen die Gleichsetzung von gesellschaftlicher mit politischer Wirkung. Letztere sei lediglich Teil der gesellschaftlichen Wirkung. Es gebe durchaus Werke, bei denen gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ertrag gleichermaßen hoch seien. Bei anderen Werken hingegen fielen beide auseinander, z.B. erzielten manche Werke von hohem künstlerischen Wert nur niedrige wirtschaftliche Erträge, während Werke von niedrigem künstlerischen Wert oft große Verbreitung fänden und hohe Gewinne einbrächten. Die Antwort zur Lösung dieses Konflikts findet Liu Zhongde bei Deng Xiaoping, der für alle geistig-kulturellen Aktivitäten die gesellschaftliche Wirkung zum einzigen Maßstab erhoben habe. Zudem bezieht er sich auf jüngste Äußerungen Ding Guan'gens, des Leiters der ZK-Propagandaabteilung, in denen dieser für Kunstwerke ebenfalls die gesellschaftliche Wirkung als höchsten Bewertungsmaßstab gefordert hatte. Liu fährt jedoch fort, daß Kunstwerke auch einen Warencharakter hätten und man daher auch vom wirtschaftlichen Ertrag sprechen müsse. Sein Resümee lautet folgendermaßen: "Solange man daran festhält, die gesellschaftliche Wirkung an die erste Stelle zu setzen, muß man sich darum bemühen, den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ertrag in Deckung zu bringen." Unter den gegenwärtigen historischen Bedingungen gebe es durchaus kulturelle Produkte, bei denen gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ertrag eine Einheit bildeten, während bei anderen eine solche Einheit nicht bestehe, ja beides einander zuwiderlaufe. Deshalb könne man nicht nur eine Seite berücksichtigen und die andere außer acht lassen. Heutzutage bestünden gute Aussichten, beide Seiten in Deckung zu bringen, und darum müsse man sich deshalb ständig bemühen.

Analysiert man den Redetext des neuen Kulturministers, der dieses Amt seit März 1993 innehat, aber schon seit Dezember 1992 amtierender Kulturminister war, so fällt zunächst auf, daß die Rede - zumindest in der veröffent-

lichten gekürzten Version - erstaunlich wenig ideologiebefrachtet ist. Weder ist ausdrücklich von der erzieherischen Funktion der Literatur und Kunst die Rede noch werden die "Vier Grundprinzipien" erwähnt. Hierin unterscheidet sich Liu Zhongde deutlich von seinem Vorgänger He Jingzhi, der der orthodox-konservativen Linie zuzurechnen war. Trotzdem ist Liu nicht als liberal einzustufen, denn er spricht sich nicht für eine grundlegende Reform des Kulturlebens im Sinne einer Lockerung der Kulturpolitik oder gar einer Demokratisierung aus. Die von ihm befürwortete Reform beschränkt sich darauf, marktwirtschaftliche Kriterien auch für die Kultur gelten zu lassen. Dies bedeutet lediglich, daß der Staat nicht mehr in der Lage ist, den gesamten Kulturbetrieb zu finanzieren, sondern daß sich zumindest Teile über den Markt selbst finanzieren müssen. Damit erweist er sich zwar als Reformist, aber als ein konservativer. Konservativ ist er deshalb, weil er an der Kontrolle des Kulturbetriebes festhalten will: Die populäre Unterhaltungskunst und -kultur will er staatlicher Kontrolle unterwerfen, damit sie nicht unerwünschte Formen wie Pornographie u.ä. annehme, die ernste Kunst muß der Staat kontrollieren, weil sie nicht dem Markt überlassen werden könne, sondern weiterhin staatlich gefördert werden müsse.

Letztlich findet Liu die Begründung für staatliche Kontrolle über das Kulturwesen in der Besonderheit kultureller Produkte. Ursprünglich galt die Anerkennung dieser Besonderheit als befreiend. Als Deng Xiaoping Ende Oktober 1979 auf dem 4.Kongreß der Literatur- und Kunstschaffenden erstmalig die Besonderheiten und Eigenesetzmäßigkeiten von Literatur und Kunst hervorhob, wollte er damit verhindern, daß Literaten und Künstler wie in der Kulturrevolution als reine Befehlsempfänger unmittelbaren politischen Zielen der Partei dienen sollten. Inzwischen jedoch wirkt die Betonung des besonderen Charakters der Kultur längst nicht mehr in diesem Sinne, sondern wird - wie die Rede Liu Zhongdes zeigt - als Rechtfertigung für die Kontrolle des Kulturbetriebs durch Partei und Staat benutzt, d.h. sie ist Ausdruck einer konservativen Haltung. Auch das von Liu aufgestellte Ziel, in der Kultur gesellschaftliche Wirkung und wirtschaftlichen Ertrag in Deckung zu bringen, muß als konservativ

bezeichnet werden, insbesondere wenn die gesellschaftliche Wirkung grundsätzlich an erster Stelle zu stehen hat.

Zugleich erweist sich der Minister auch als Pragmatiker. Er vermeidet es, hochtrabende moralische und ideologische Werte zu postulieren, sondern erkennt an, daß ein großer Teil der Kultur reine Unterhaltung ist und keinen hohen Ansprüchen genügen muß. Für seinen Pragmatismus spricht, daß er diesem Teil des kulturellen Lebens Existenzberechtigung zugesteht und - soweit der Rede zu entnehmen ist - nicht versucht, diesen Bereich ideologisch-propagandistischen Zielen zu unterwerfen.

Mit der Charakterisierung als konservativer Reformist und Pragmatiker läßt sich der neue Kulturminister der Linie Deng Xiaopings zuordnen. Dieses bedeutet einen Fortschritt gegenüber seinem Vorgänger, der nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung als Nachfolger des liberalen Wang Meng eingesetzt worden war. Auf größere Freiheit in bezug auf Inhalte und Lockerung der Parteikontrolle über die Kultur können die in diesem Bereich Tätigen aber unter seiner Amtsführung kaum hoffen. -st-

*(14)

Befreiung des Denkens und die Aufgaben der Kultur

Kürzlich glaubte die *Volkszeitung* in einem Leitartikel, den auch die *Guangming-Zeitung* abdruckte (RMRB, GMRB, 19.7.93), angesichts der zur Zeit herrschenden Probleme im Kulturbereich abermals die hehren Ideale einer sozialistischen Kultur anmahnen zu müssen. Unter der Überschrift "Dem Volk die beste geistige Nahrung präsentieren" wird vor allem kritisiert, daß die geistige Produktion zunehmend von finanziellen Gesichtspunkten bestimmt werde, d.h. nur der Gewinn eine Rolle spiele und die politische Einflußnahme sowie die gesellschaftliche Wirkung eines geistigen Produktes völlig mißachtet würden, ja daß vielfach "geistiges Opium" erzeugt und gehandelt würde. Gegen dieses Problem müßten die Parteikomitees und Regierungen aller Ebenen entschlossen vorgehen, dies sei dringend erforderlich für die Stabilität der Gesellschaft und den wirtschaftlichen Aufschwung. Um die Reform und Öffnung sowie die

Modernisierung voranzutreiben, müsse das Denken weiterhin befreit werden. Was dies konkret bedeutet, wird sogleich angefügt. Befreiung des Denkens bedeute nicht, wie manche Menschen hofften, Befreiung von den "Vier Grundprinzipien" und den ethischen Normen einer sozialistischen Gesellschaft. Vielmehr sei damit die Befreiung von den alten Anschauungen und dem alten System gemeint, die die Reform und Öffnung sowie die wirtschaftliche Entwicklung behinderten.

Als oberste Leitlinien für das geistig-künstlerische Schaffen werden das Prinzip, dem Volk und dem Sozialismus zu dienen, sowie das Festhalten an der Parteilinie propagiert und als Werte für die zu behandelnden Themen Patriotismus, Kollektivismus, Sozialismus und der aus diesem Geist hervorgehende neue sozialistische Mensch, der Ideale, Moral, Kultur und Disziplin hat. Der Leitartikler weist auf den Warencharakter geistiger Produkte hin und betont die Einheit von wirtschaftlichem Ertrag und gesellschaftlicher Wirkung, wobei letztere an erster Stelle zu stehen habe. Für besonders unterstützenswert erachtet er die Volkskultur - offensichtlich weil sie am reinsten dem Kriterium der gesellschaftlichen Wirkung entspricht.

Zur Lösung der Probleme im Kulturwesen wird eine bessere Erziehung, namentlich in der Theorie vom Sozialismus chinesischer Prägung, gefordert, daneben die Anwendung von Gesetzen und harten Strafen für Leute, die schädliche Druckerzeugnisse, Tonbänder und Videos produzieren und damit handeln. Zum Schluß werden alle Kulturschaffenden, Literaten, Künstler, Journalisten, Verleger usw. aufgerufen, dem Volk die beste geistige Nahrung zu geben.

Wie alle Leitartikel der *Volkszeitung* hat auch dieser autoritativen Charakter. Er zeigt, daß im Kulturleben immer noch ein orthodoxer marxistisch-leninistischer Geist herrscht, der keine Aussicht auf Lockerung erkennen läßt. In dieser Situation scheint es fast unmöglich zu sein, das derzeitige Grundproblem im kulturellen Bereich, den Konflikt zwischen gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Ertrag, zu lösen. Die Reformen im Kultursektor hängen alle damit zusammen, daß der Staat diesen nicht mehr allein finanzieren kann, sondern er sich zunehmend

selbst tragen muß. Wie soll der Kultursektor dies leisten, ohne wirtschaftlich zu denken? Die Propagierung sozialistischer Werte scheint ein untaugliches, aber für die Kulturbürokratie offenbar das einzige Mittel zu sein, das Dilemma zu überwinden. -st-

*(15)

"Projekt 211": Förderung von Schwerpunktuniversitäten und -fächern

In dem Programm für die Reform und Entwicklung des chinesischen Bildungswesens, das im Februar 1993 veröffentlicht wurde (vgl. dazu C.a., 1993/2, Ü 9) wird in § 9 die Reform der Hochschulbildung behandelt. Die Rede ist u.a. von einer Anhebung des Niveaus von etwa einhundert Schwerpunktuniversitäten und Schwerpunktfächern. Sie sollen speziell gefördert werden, damit sie zu Beginn des nächsten Jahrhunderts in bezug auf Ausbildung, Forschung und Management Weltniveau erreicht haben (vgl. RMRB, 27.2.93). Zu diesem Punkt wurden jetzt Einzelheiten bekannt, und zwar hat die Staatliche Erziehungskommission Mitte Juli "Einige Vorschläge zum schwerpunktmäßigen Aufbau einer Reihe von Hochschulen und Zentren für Schlüsselwissenschaften" herausgebracht. Der Plan für den Aufbau der Hochschulen läuft unter der Bezeichnung "Projekt 211" (*211 gongcheng*); erstmalig erwähnt worden war dieses Projekt bereits im November 1992 (vgl. C.a., 1992/11, Ü 15), inzwischen scheint die Planung jedoch weiter gediehen zu sein.

Einem Bericht in der *Volkszeitung* zufolge (21.7.93) ist es das Ziel des "Projekts 211", die knappen Finanzressourcen schwerpunktmäßig auf den Ausbau von etwa hundert Hochschulen und Zentren für Schlüsselwissenschaften zu konzentrieren, das gesamte Bildungsniveau und die Qualität der Ausbildung an diesen Institutionen anzuheben sowie deren Verwaltungs- und Finanzierungssystem zu reformieren. Das Projekt, so heißt es, sei aufs 21. Jahrhundert gerichtet, und zu seiner Umsetzung würden mindestens zehn Jahre veranschlagt. Besonders betont wird die Reform der Hochschulverwaltung und -finanzierung, die als Vorbild für die gesamte Hochschulreform dienen und den Aufbau eines neuen, den Anforderungen einer sozialistischen Marktwirtschaft entsprechenden Systems der Hochschulbildung fördern soll.

Die zentrale Aufgabe des Projekts bestehe jedoch in der Anhebung von Qualität, wissenschaftlichem Niveau und Leistungsfähigkeit der Hochschulbildung. Das "Projekt 211" werde etappenweise und in Teilgruppen verwirklicht, d.h. es werden nicht alle hundert Institutionen auf einmal in das Projekt einbezogen. Was die für das Projekt benötigten finanziellen Mittel angeht, so werde nach dem Muster einer Kombination von staatlichen Zuwendungen und nichtstaatlichem Kapital verfahren. Der Staat habe eine kleine Koordinierungsgruppe für das "Projekt 211" eingesetzt, deren Aufgabe die umfassende Planung und Leitung sei. Für die Detailplanung würden Fachleute als Berater hinzugezogen, während die Behörden die konkreten Pläne aufstellten. Die Verfahrensweise bei der Aufstellung der für das Projekt vorgesehenen Institutionen unterteile sich in vier Schritte: Vorprüfung, Vorbereitung, Begutachtung und Billigung. Diese Schritte würden gemäß einheitlicher Disposition der Staatlichen Erziehungskommission durchgeführt. Die dem "Projekt 211" zugeordneten Hochschulen und Zentren für Schlüsselwissenschaften seien Teil des staatlichen Schwerpunktaufbaus und würden nach dessen Zielen verwaltet.

Bei der Durchführung des Projektes, so verlautet ferner, solle unbedingt verhindert werden, daß wegen der Förderung der Hochschulbildung die übrige Bildung geschwächt würde und wegen der Investitionen ins "Projekt 211" die regulären Investitionen in andere Schulen und wissenschaftliche Einrichtungen beeinträchtigt würden.

Es erhebt sich die Frage, ob die in das "Projekt 211" aufzunehmenden Hochschulen mit den bestehenden Schwerpunktuniversitäten übereinstimmen, von denen es derzeit ebenfalls rund einhundert gibt. Die Antwort wird in dem Artikel der *Volkszeitung* gegeben, wo es heißt, die ursprünglich von der Staatlichen Erziehungskommission bestimmten Schwerpunktuniversitäten erfüllen durch das Projekt keine Änderung. Dies bedeutet, daß die für das "Projekt 211" vorgesehenen Einrichtungen unabhängig von den Schwerpunktuniversitäten geschaffen werden, was nicht ausschließt, daß in der Praxis ein großer Teil der Schwerpunktuniversitäten für das Projekt ausgewählt wird. Keinesfalls ist davon auszugehen, daß für das "Projekt 211" neue Hoch-

schulen gegründet werden, wie eine englischsprachige Xinhua-Meldung (XNA, 22.7.93) vermuten läßt. Seit Jahren nämlich spricht sich die Staatliche Erziehungskommission gegen einen weiteren Ausbau des Hochschulwesens aus und hält die Zahl der gegenwärtig vorhandenen Hochschulen (1075) für ausreichend. Statt dessen befürwortet sie die Konzentration auf die Anhebung des Niveaus der Hochschulbildung.

Da auch die Schwerpunktuniversitäten in bezug auf die Hochschulreform eine Vorbildfunktion ausüben, ist nicht ganz ersichtlich, wieso es nun zusätzlich des "Projekts 211" bedarf, dessen Einrichtungen ja in erster Linie Vorreiter für die Reform und Qualitätssteigerung der Hochschulbildung sein sollen. Möglicherweise handelt es sich beim "Projekt 211" vorwiegend um Institutionen, die auf Naturwissenschaften und moderne Technologie ausgerichtet sind. Dies würde erklären, warum das Projekt als Teil des staatlichen Schwerpunktaufbaus gilt. -st-

*(16)

Diesjährige Hochschulaufnahmeprüfungen

An den diesjährigen Hochschulaufnahmeprüfungen, die wie immer vom 7.-9.Juli stattfanden, nahmen insgesamt 2,794 Mio. Bewerber teil. Die überwiegende Zahl, nämlich 1,73 Mio., bewarb sich wie üblich um einen Studienplatz in Naturwissenschaften oder Technik; für einen Studienplatz in den Geisteswissenschaften bewarben sich nur etwa halb so viele, nämlich 885.000. Die Zahl der Bewerber lag in diesem Jahr um 230.000 niedriger als im letzten Jahr. Da zudem die Zahl der Neuzulassungen von 750.000 im vergangenen Jahr auf etwa 800.000 in diesem Jahr erhöht wurde, verbessern sich die Chancen der Bewerber, einen Studienplatz zu erhalten. Von der Gesamtzahl der Bewerber werden 28,6 Prozent zum Studium zugelassen. In diesem Jahr, so wird berichtet, wird sich der Anteil der Selbstzahler an den Neuzulassungen erhöhen. In Shanghai und Guangdong sollen die Selbstzahler über 30 Prozent ausmachen. (RMRB, 7.7.93) Dies steht in Einklang mit der offiziellen Politik, nach der der Staat Stipendien nur noch für das Studium von Mangelfächern (z.B. Pädagogik) oder Fächern, an denen der Staat aus wirtschaftlichen

Gründen ein besonderes Interesse hat (z.B. Geologie, Agronomie u.ä.), vergibt.

Der Rückgang bei den Bewerberzahlen wird damit erklärt, daß man eine schärfere Kontrolle bei Leuten ausgeübt habe, die bei den Prüfungen der Vorjahre durchgefallen sind. Außerdem seien zahlreiche Bewerber durch Vorprüfungen ausgeschieden, die in einigen Provinzen veranstaltet würden (XNA, 7.7.93).

Die Reform der Hochschulaufnahmeprüfung, die eine Reduzierung der Prüfungsfächer beinhaltet (vgl. dazu C.a., 1992/7, Ü 21), ist in diesem Jahr noch nicht allgemein zum Tragen gekommen. In den meisten Provinzen fanden die Prüfungen noch nach dem alten Muster statt. Lediglich in Beijing, Hunan, Yunnan, Hainan, Hubei und Guizhou wurde das reformierte Modell angewandt (RMRB, 10.7.93). Beijing und die übrigen fünf Provinzen wurden offensichtlich als Versuchseinheiten für die reformierte Aufnahmeprüfung ausgewählt. Eine wichtige Voraussetzung für diese Reform ist, daß die Absolventen der Sekundarstufe II eine Abiturprüfung ablegen, die als Hochschulreife gilt. -st-

*(17)

Prüfungssystem im Rahmen des Selbststudiums

Seitdem der Staatsrat im Jahre 1980 ein Prüfungssystem für Selbststudierer im tertiären Bildungssektor billigte, haben insgesamt schon etwa 15 Mio. Menschen an solchen Prüfungen teilgenommen. Dies berichtete die *Volkszeitung* am 28.7.93. Doch nur ein kleiner Prozentsatz von ihnen absolviert ein Vollstudium. Bisher sollen auf diese Weise gut 740.000 Abschlüsse in einem Fachstudium und gut 10.000 in einem Grundstudium gemacht worden sein, insgesamt also 750.000 volle Studienabschlüsse. Dies entspricht in etwa der Zahl der regulären Hochschulstudenten eines Jahrgangs. Gegenwärtig sollen sich pro Jahr rund 5 Mio. Selbststudierer zu den Prüfungen melden (ebd.).

1981, so heißt es weiter, habe es für Selbststudierer nur in Beijing, Shanghai und Liaoning die Möglichkeit gegeben, die Abschlußprüfung abzulegen. 1985 sei das System aufs ganze

Land ausgedehnt worden, und die meisten Provinzen hätten inzwischen ein Komitee für Prüfungen von Selbststudierern im tertiären Bildungssektor gegründet. In der Gesellschaft finde das System breite Zustimmung, zum einen wegen der Flexibilität und der vergleichsweise geringen Kosten, zum anderen, weil es Qualität und Standard der Hochschulbildung gewährleistet. Zusammen mit der regulären Hochschulbildung und der Erwachsenen-Hochschulbildung mache es einen wichtigen Bestandteil der tertiären Bildung aus. Das Prüfungssystem für Selbststudierer finde auch im Ausland Anerkennung und würde sogar von Leuten aus Hong Kong, Macau und Taiwan begrüßt, von wo jedes Jahr zahlreiche Prüfungsteilnehmer kämen. Es schaffe für Millionen von Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Berufe und Herkunft die Möglichkeit, eine neue Qualifikation zu erwerben. Da die Selbststudierer ihr Fach zumeist nach dem tatsächlichen Bedarf auswählten, sei bei ihnen der Gegensatz zwischen Arbeit und Studium nicht so stark ausgeprägt und könnten sie relativ bequem im Selbststudium neue Fähigkeiten erwerben (ebd.).

Grundsätzlich sind Absolventen eines Selbststudiums denen regulärer Hochschulen gleichgestellt. Dies wurde in der 1988 vom Staatsrat erlassenen "Provisorischen Verordnung für Examen bei Selbststudium auf Hochschulebene" festgesetzt (s. C.a., 1988/3, Ü 21). Wie erwähnt, absolviert die Mehrzahl der Selbststudierer nicht ein Vollstudium, sondern legt die Prüfung für ein Fach ab. Selbststudierer studieren im Fernstudium oder über eine Fernsehuniversität. In dem oben behandelten Bericht wird zwischen dem Selbststudium und dem Erwachsenen-Hochschulstudium unterschieden. Worin genau der Unterschied besteht, ist nicht ganz klar. Er könnte darin liegen, daß das Selbststudium dem in der Verantwortung des Staates stehenden regulären Hochschulstudium nähersteht, zumal die Absolventen beider Studienmöglichkeiten gleichgestellt sind. Dies ist bei der Erwachsenen-Hochschulbildung nicht der Fall, sie zählt eindeutig zu den nichtregulären Studienmöglichkeiten, für die die lokale Ebene zuständig ist. Dementsprechend genießen ihre Absolventen keine gleiche Behandlung, d.h. sie können nicht in staatliche Stellen aufrücken. -st-

*(18)
Kritik an Nebentätigkeiten von Professoren und Studenten

In den letzten Jahren hat es sich zunehmend eingebürgert, daß Hochschullehrer Nebentätigkeiten ausüben und Hochschulstudenten arbeiten, insbesondere Handel treiben. Dies geschieht nicht nur mit offizieller Billigung, sondern wird sogar offiziell gefördert. Im Rahmen der von den Universitäten geforderten Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ist es Professoren erlaubt, nebenberuflich tätig zu sein, zumal auf wissenschaftlich-technischem Gebiet, weil man sich dadurch eine schnellere Umsetzung wissenschaftlich-technischer Forschungsergebnisse in die Praxis erhofft. In Wirklichkeit aber dürften die Hochschullehrer hauptsächlich deshalb zu Nebentätigkeiten Zuflucht nehmen, weil sie ihre mageren Gehälter aufbessern wollen. Ähnlich verhält es sich mit den Werkstudenten. Wo die politische Führung noch den ideologischen Aspekt der gesunden Wirkung praktischer Arbeit im Auge hat, wollen die Studenten angesichts eingeschränkter Stipendien in erster Linie Geld verdienen. Inzwischen scheinen sich Nebentätigkeiten und Studentenarbeit zu einem regelrechten Unwesen entwickelt zu haben, so daß sich schon seit längerer Zeit die Frage stellt, ob die Hochschulen und Universitäten überhaupt noch ihrem eigentlichen Auftrag gerecht werden.

Kritik an dieser Tendenz war bislang kaum zu vernehmen. Ende Juli jedoch wurde auf einer nationalen Konferenz über den Parteaufbau an den Hochschulen (s. dazu RMRB, 30. u. 31.7.93) massive Kritik an dem Überhandnehmen von Nebentätigkeiten und Studentenarbeit geübt. Dadurch würde die Arbeit an den Hochschulen beeinträchtigt, hieß es (RMRB, 29.7.93). Dies veranlaßte Erziehungsminister Zhu Kaixuan, sich auf der Konferenz eingehend zu dem Problem zu äußern und gewisse Einschränkungen zu machen, obwohl er keine grundlegende Änderung der geübten Praxis vorschlug.

Zhu Kaixuan betonte, daß die Hauptaufgabe der Hochschullehrer in der Lehre bestehe. Sie sollten ihren Beruf lieben, ihn verantwortungsvoll ausüben, ihre Kraft darauf konzentrieren und sich bemühen, das Niveau von

Lehre und Forschung zu erhöhen. Auf der Grundlage einheitlicher Planung und Leitung könne ein Teil der Hochschullehrer jedoch für bestimmte Tätigkeiten innerhalb und außerhalb der Hochschule abgestellt werden, z.B. für wissenschaftlich-technische Entwicklung, die Verbreitung von Forschungsergebnissen, technische Beratung von Betrieben u.ä. Hochschullehrer seien für Lehre und Forschung bestimmt, und deshalb müßten die Hochschulen sie dazu bringen, sich noch intensiver dieser Arbeit zu widmen. Unter der Voraussetzung, daß der einzelne Hochschullehrer seine Lehr- und Forschungsaufgaben erfülle und er zusätzliche Kraft und den Wunsch habe, außerhalb der Hochschule einer Nebentätigkeit nachzugehen, sei ihm dies in der Regel zu erlauben, sofern er nur sein Wissen entfalten wolle und die Nebentätigkeit eng mit seiner fachlichen Arbeit zusammenhänge. Der Arbeitsaufwand für die nebenberufliche Tätigkeit solle angemessen sein und dürfe die Lehrtätigkeit nicht beeinträchtigen. Wenn die Nebentätigkeit die hauptberufliche Arbeit beeinträchtige oder wenn ihretwegen ein wissenschaftlich-technisches Schlüsselprojekt des Staates nicht fristgerecht abgeschlossen würde, kann die Hochschule entsprechend den einschlägigen Einstellungsbestimmungen die Genehmigung einer Nebentätigkeit verweigern.

Zum Problem der Studentenarbeit, insbesondere der Handelstätigkeit der Studenten, sagte der Minister, daß Studenten neben ihrem Studium auch Werkstudenten sein könnten, aber nur in den Ferien, an Feiertagen und in der Freizeit. Wenn die Arbeit mit ihrem Studienfach zu tun habe und die Studenten wissenschaftlich-technische und kulturelle Dienstleistungen ausübten oder gesunde körperliche Arbeit leisteten, dann sei das positiv zu bewerten, denn dadurch würden die Studenten mit der Gesellschaft in Kontakt kommen und eine positive Auffassung von praktischer und körperlicher Arbeit gewinnen. Dafür sollten sie auch entlohnt werden, um ihre Studien- und Lebensbedingungen zu verbessern. Deshalb sollten die Schulen je nach ihren Bedingungen aktiv die Leitung übernehmen und das Werkstudium der Studenten organisieren, damit es zu einem Bestandteil der Ausbildung werde. Wenn sich der einzelne Student selbst eine Arbeit suchen wolle, dann solle diese im allgemeinen auf die Fe-

rien begrenzt sein. Zudem müsse die Schule die notwendige Führung und Kontrolle ausüben, d.h. sie müsse die Einhaltung der Gesetze, Bestimmungen und Schulvorschriften verlangen und darauf dringen, daß der normale Schulbetrieb und die Ordnung nicht beeinträchtigt würden. Im übrigen trügen die Hochschulen die Verantwortung für die gesunde Entwicklung der Studenten, deshalb müßten sie alle Aktivitäten unterbinden, die einer solchen Entwicklung im Wege stehen. Auf jeden Fall müßten sie sicherstellen, daß während der Vorlesungszeit das Ganztagsstudium für die Studenten die Hauptsache ist. (RMRB, 29.7.93)

Die Ausführungen des Ministers bestätigen die bisherige Politik, d.h. grundsätzlich dürfen Hochschullehrer und Studenten Nebenbeschäftigungen nachgehen. Zhu Kaixuan hat jedoch noch einmal versucht, die Grenzen deutlich abzustecken, indem er betonte, daß Lehrbetrieb und Studium keinesfalls in Mitleidenschaft gezogen werden dürften. Die Regierung befindet sich hier in einem Dilemma: Einerseits ist ihr aufgrund der Finanzlage die Möglichkeit verwehrt, den Hochschullehrern bessere Gehälter und den Studenten im gleichen Umfang wie bisher Stipendien zu zahlen. Andererseits muß sie sehen, daß ein Überhandnehmen von Nebentätigkeiten die Qualität der Hochschulbildung beeinträchtigt. Letzteres scheint sie stillschweigend in Kauf zu nehmen, und so dürfte sich das allgemeine Niveau der chinesischen Hochschulen - mit Ausnahme der Schwerpunkuniversitäten - weiter verschlechtern. Nach außen freilich versucht die Regierung die Tendenz, für die im wesentlichen wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend sind, ideologisch zu begründen, also zu beschönigen und die Gefahren für die Hochschulbildung zu verharmlosen. Den schädlichen Auswirkungen meint sie mit ideologischen Mitteln gegensteuern zu können. Doch mit politischer Arbeit allein dürfte das Problem nicht aus der Welt zu schaffen sein. -st-

*(19)

"Projekt Hoffnung": 500.000 Schülerrückkehrer

Im Rahmen des "Projekts Hoffnung", das 1989 eingerichtet wurde, um Schulabbrechern aus armen Familien in unterentwickelten Gebieten die

Rückkehr zur Schule zu ermöglichen, wird die Zahl der in die Schule zurückgekehrten Kinder in diesem Herbst 500.000 erreichen. Allein in diesem Jahr werden mit Beginn des neuen Schuljahres 200.000 Schulabbrecher neu hinzukommen, so daß die Gesamtzahl der Rückkehrer eine halbe Million betragen wird. Unter den neu gewonnenen Schülern erhalten 80.000 ein Stipendium von der bei diesem Projekt federführenden Chinesischen Stiftung für Jugend- und Kinderentwicklung. Außerdem erhalten, ebenfalls im Rahmen dieses Projekts, 1000 hervorragende Mittelschüler und 100 Hochschulstudenten aus armen Familien Stipendien, damit sie ihre Studien fortsetzen können. Schließlich wurden noch zehn hervorragende Grundschullehrer aus schwierigen Gebieten ausgezeichnet. Der Fonds zur Auszeichnung von Lehrern wird gemeinsam von der Chinesischen Stiftung für Jugend- und Kinderentwicklung und der Chinesischen Stiftung für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik verwaltet. (GMRB, 16.7.93)

Das Problem der Schulabbrecher ist sehr gravierend; in manchen Gegenden macht deren Anteil ein Drittel der Schüler aus. Auf diese Weise werden ständig neue Analphabeten produziert, so daß das bildungspolitische Ziel, bis zum Ende dieses Jahrhunderts die neunjährige Schulpflicht landesweit einzuführen, nicht zu verwirklichen sein wird.

Um die Kontrolle über das "Projekt Hoffnung" zu verstärken, hat die Chinesische Stiftung für Jugend- und Kinderentwicklung kürzlich fünf neue Maßnahmen gefordert: (1) Aufbau eines landesweiten EDV-gestützten Informationsnetzes; (2) für ganz China einheitliche Bestimmungen zur Kontrolle des Projektfonds; (3) Aufbau und Verbesserung eines Systems der Kontrolle des Projekts durch die Gesellschaft; zu diesem Zweck wird der 24.12. eines jeden Jahres zum "Nationalen Tag für gesellschaftliche Kontrollaktivitäten über das Projekt Hoffnung" bestimmt; (4) Aufbau eines Untersuchungs- sowie Belohnungs- und Bestrafungssystems; (5) entschlossenes Vorgehen gegen Unregelmäßigkeiten und Rechtsmißbrauch, damit der Ruf des Projekts gewahrt bleibt. (RMRB, 7.7.93) Diese Maßnahmen sind offensichtlich deshalb notwendig, weil es häufig zu Unregelmäßigkeiten bei der Verwendung der Mittel kommt. -st-

*(20) High-Tech-Entwicklungszonen

Die Einrichtung von Zonen für die Entwicklung von High-Tech-Betrieben und Betrieben für neue Technologien (vgl. dazu C.a. 1991/4, Ü 27) scheint nicht immer nach den Plänen und Vorstellungen der chinesischen Regierung zu verlaufen. Offenbar gibt es viele derartige Zonen, die gar nicht diesen Namen verdienen. Dies wurde kürzlich auf einer Konferenz über die Planung von Zonen für die Entwicklung von High-Tech-Betrieben und Betrieben für neue Technologien bekannt, die in Xi'an stattfand. Dort wurde betont, daß es bei der Einrichtung solcher Zonen auf "High-Tech" ankomme und um zukunftsweisende komplexe Projekte von langfristiger Bedeutung gehe. Seit der Staatsrat im Mai 1988 die Errichtung von Zonen für die Entwicklung von High-Tech-Betrieben billigte, gibt es, wie anlässlich der Konferenz verlautete, bereits 52 solcher Zonen, und zwar in allen wichtigen Großstädten des Landes, aber auch in mittelgroßen Städten. Aus verschiedenen Gründen, so heißt es weiter, sei das Niveau der Entwicklungszonen sehr unterschiedlich. Eine ganze Reihe neuer Zonen sei nicht breit genug ausgerichtet und habe nicht das Aussehen neuer Städte der sozialistischen Zivilisation. Die Behörden weisen darauf hin, daß Betriebe in den High-Tech-Entwicklungszonen einen niedrigen Energieverbrauch und Verschmutzungsgrad haben müßten und daß gleichzeitig mit dem Bau von Betrieben des sekundären und tertiären Sektors der Bau von Wohnungen, Schulen und Einkaufsmöglichkeiten sowie der Ausbau des Verkehrs- und Kommunikationswesens gefördert werden müsse, damit die Entwicklungszonen zu neuen Stadtgebieten mit schöner Umgebung und ausgestattet mit Grünanlagen werden. Außerdem sollte bei der Planung solcher Zonen nicht nach ein und demselben Schema verfahren werden, sondern es sollten die regionalen Besonderheiten und Stärken berücksichtigt werden. (GMRB, 10.7.93)

Die Gründung einer High-Tech-Entwicklungszone scheint für ehrgeizige Bürgermeister und Stadtregierungen einen starken Prestigegewinn zu bedeuten, und natürlich setzen sie große Hoffnungen in vermehrte Steuereinnahmen. Daß unter dem lokalen Egoismus häufig Sinn und Zweck der

High-Tech-Entwicklungszonen verlorengelangen, scheint die Stadtväter nicht zu interessieren. -st-

*(21) Neue Hörfunkprogramme

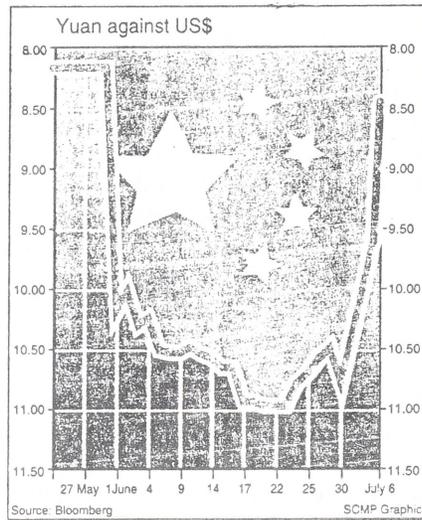
In den letzten Jahren haben sich die Hörfunkprogramme in China stark verändert. Die Veränderungen haben sich positiv ausgewirkt, denn als Ergebnis ist festzustellen, daß das Radio bei den Hörern zunehmend beliebt wird. Dies wird in einem jüngst veröffentlichten Artikel geschildert, der in der Zeitschrift *Zhongguo Jizhe* erschien (Nr. 6, 15.6.93, S.20-22, nach SWB, 2.8.93). Zurückgeführt wird dieser Trend auf die Einführung von Sendungen, in denen live telefonische Anfragen beantwortet werden. Programme dieser Art sollen eine zunehmend wichtige Rolle beim Rundfunk spielen. Zur Entstehung solcher Telefonsendungen heißt es, daß zuerst die englische Abteilung von China Radio International im Jahre 1985 zweimal Programme gesendet habe, in denen über telefonische Auslandsgespräche vorher nicht aufgezeichnete Hörerfragen beantwortet worden seien. Das erste reguläre telefonische Anrufprogramm sei jedoch vom "Zhujiang Economic Radio" in Guangdong begonnen worden, und zwar am 15.12.1986. Inzwischen gebe es eine ganze Reihe von auf Wirtschaft spezialisierten Rundfunkstationen; die meisten von ihnen hätten Anrufprogramme eingerichtet.

In dem Artikel werden drei Kategorien von Programmen unterschieden:

1. Kultur und Unterhaltung: Hier handelt es sich zum einen um Programme, die Hörerwünsche erfüllen, zum anderen um Teilnahme an Spielen und Quizveranstaltungen.
2. Öffentliche Dienste: Hierunter fallen psychologische Beratung, die Möglichkeit, sich auszusprechen und seine Gefühle zu äußern, kommunale Dienste wie medizinische oder rechtliche Beratung sowie die Möglichkeit, sich zu beschweren.
3. Aktuelle Reportagen, die live vom Ort des Geschehens über Telefon gesendet werden, wie z.B. von Sportveranstaltungen, und Interviews, die in die Nachrichten eingeschaltet werden.

Neben den Wunschprogrammen sollen sich auch die Beschwerdepogramme großer Beliebtheit erfreuen. Hier werden die Hörer häufig mit örtlichen politischen Führern kurzgeschaltet, so daß Probleme leichter und schneller gelöst werden können, heißt es. Auch die erzieherische Wirkung solcher Programme wird hervorgehoben, weil über Telefondiskussionen falsche Ansichten gleich richtiggestellt werden könnten und so leichter Einvernehmen zu erzielen sei. Die Beliebtheit von Live-Sendungen ist nicht zuletzt auf ihren spontanen Charakter zurückzuführen, denn in einem Land mit Pressezensur haben ungefilterte Informationen besondere Anziehungskraft. Der Einfluß solcher Sendungen auf die Bevölkerung muß als außerordentlich hoch eingeschätzt werden, denn angesichts einer Analphabetenrate von immer noch mindestens 15 Prozent und dem im Verhältnis zum Hörfunk begrenzteren Zugang zum Fernsehen findet das Radio unter allen Medien Chinas die größte Verbreitung. -st-

sank der Wert der chinesischen Währung bis Mitte Juni auf 1 US\$: 10,92 RMBY. (ASWJ, 14.7.93) Daß die Zentralbank Marktinterventionen zur Stabilisierung des Wechselkurses erwäge, hatte der stellvertretende Zentralbankpräsident, Chen Yuan, zuvor angedeutet. (SCMP, 9.7.93)



(Quelle: SCMP, 7.7.1993)

In der zweiten Juliwoche [12.-16.7.] soll sich das Volumen der Dollarverkäufe durch die Zentralbank auf dem Shanghaier Swapmarkt auf insgesamt rund 100 Mio. US\$ belaufen haben; am 19.7. intervenierte die Zentralbank mit weiteren 30 Mio.US\$ und der Wechselkurs betrug 1 US\$: 8,617 RMBY. (ASWJ, 20.7.93) Am 17.7.93 soll Zhu Xiaohua, ebenfalls einer der stellvertretenden Zentralbankpräsidenten, die Devisenhändler des Shanghaier Devisen-Swapmarktes zusammengerufen und ihnen erklärt haben, daß die Zentralbank den Wechselkurs auf dem derzeitigen Niveau halten wolle [rd. 8,5 RMBY: SCMP, 18.7.93]. (AWSJ, 20.7.93)

Um die Nachfrage nach US-Dollars zu begrenzen, versucht die Verwaltung des Shanghaier Devisenmarktes, den Zugang zum Markt einzuschränken. So müssen Devisenkäufe ein Tag im voraus angezeigt und vom Käufer der Nachweis erbracht werden, beispielsweise durch Vorlage des Akkreditivs, daß die Devisen tatsächlich für Importe verwendet werden. Hierdurch sollen spekulative Aktivitäten reduziert werden. (ASWJ, 20.7.93; SCMP, 18.7.93)

Nach Einschätzung von Gu Yongjiang, stellvertretender MOFTEC-Minister, haben die starken Kursschwankungen nicht gerade die Exportchancen für

China verbessert, doch geht er davon aus, daß diese Instabilität sich nicht wesentlich auf die Exporte bis Ende des Jahres auswirken würden. Allerdings müsse die chinesische Währung auf einem Niveau von 1 US\$: 8-9 RMBY gehalten werden, um ausländische Handelspartner und Investoren zu ermutigen. (SCMP, 9.7.93)

Chinesische Unternehmen berichten jedoch durchaus von negativen Effekten des instabilen Wechselkurses auf den Swapmärkten. So klagte die Vertretung der Chemieindustrie im *China Council for the Promotion of International Trade*, daß ein zögerliches Verhalten bei Geschäftsabschlüssen aufgrund der Kursschwankungen bestehen würde. Auf einer von dieser Organisation in Singapur veranstalteten Messe hätten Käufer und Verkäufer sich zurückgehalten, da sie Probleme bei der Festlegung von Preisen gehabt hätten. (SCMP, 14.7.93) -schü-

Außenwirtschaft

*(22)

Kursstützung der Zentralbank auf Devisen-Swapmärkten

Um den Kursverfall der Währung auf den Devisen-Swapmärkten abzubremsen, hat die Zentralbank im Juli wiederholt US-Dollars verkauft. Zunächst wurde die Erholung des Wechselkurses als positive Reaktion auf die Ablösung des Zentralbankpräsidenten Li Guixian und die Ankündigung von Korrekturmaßnahmen zur Abbremsung der überhitzten Wirtschaft interpretiert. Wie AWSJ jedoch berichtet, soll die Zentralbank am 12.7.93 auf dem Shanghaier Swapmarkt mit Verkäufen von über 70 Mio.US\$ [andere Quellen berichten von 20-40 Mio.US\$: IHT, 13.7.93; ASWJ, 13.7.93; SCMP, 12.u.18.7.93] die Währung gestützt haben, um den Wechselkurs auf ein Niveau von 1 US\$: 8,49 RMBY zu bringen. Der Shanghaier Markt ist mit einem Anteil von 16% der größte Devisen-Swapmarkt unter den rd. 100 Märkten.

Nachdem die offiziell festgelegte Kursobergrenze von 8,2 RMBY zum 1.Juni 1993 aufgehoben worden war,

*(23)

Trotz negativer Handelsbilanz kein Importstopp vorgesehen

Obwohl das Handelsbilanzdefizit im 1.Halbjahr auf 3,54 Mrd.US\$ angestiegen ist, will die Regierung keine größeren Importrestriktionen verhängen. Ausgenommen sind lediglich die Maßnahmen im Rahmen der Beschränkung der Importe staatlicher Institutionen. So wird die Einfuhr von Kfz und Mobiltelefonen durch Verwaltungseinheiten und solchen Staatsunternehmen eingefroren, die Verluste machen oder ihre Steuern nicht entrichtet haben.

Das Ministerium für Außenhandel und wirtschaftliche Kooperation (MOFTEC) führt die nur geringe Steigerung der Exporte um lediglich 4,4% gegenüber einem Importanstieg um 23,4% auf folgende Gründe zurück:

1. Die starke Nachfrage auf dem Inlandsmarkt, vor allem bei Produktionsgütern, führte zur Verknappung von Produkten für den Export.
2. Aufgrund der steigenden Preise auf dem Inlandsmarkt, die eine Erhöhung der Exportgüterkosten mit sich brachte, und gleichzeitig sinkender Weltmarktpreise, entstanden Anreize zum Verkauf der für den Export bestimmten Produkte auf dem Binnenmarkt.